

Ursula Geier

Hilfe für die Dritte Welt

*Wie funktioniert
Entwicklungszusammenarbeit?*

ELEMENTAR
E 9



BAYERISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Herausgeber:

Bayerische Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit

Gesamtredaktion:

Dr. Zdenek Zofka

Wissenschaftliche Beratung:

Dr. Mir A. Ferdowsi

Gestaltung und Art Direction:

Lüders & Baran

Illustration:

Peter Horn und Karin Lüders

Satz und Litho:

Isgaard Marke und Stefan Gassner

Gesamtherstellung:

Ernst Vögel GmbH

93491 Stamsried

Die Autorin:

Ursula Geier M.A., geboren 1951 in
Neuburg/Donau; Ausbildung zur
Diplombibliothekarin an wissen-
schaftlichen Bibliotheken, Studi-
um der Politischen Wissenschaft,
Neueren Geschichte und Soziolo-
gie an der Universität München,
seit 1978 Redakteurin bei ver-
schiedenen Buch- und Zeitschrif-
tenverlagen, seit 1993 beim Lexi-
kographischen Institut, München.



Vorwort.....6
 Vorbemerkung.....7

1. Kapitel

Etwas Einfaches zu machen, ist gar nicht so einfach

Angepaßte Technologie9
 Selbstversorgung9
 Die Vor- und Nachteile der Selbstversorgung mit Karitébutter11

2. Kapitel

Gut Ding will Weile haben, oder: Wie kam die Fettpresse nach Zambougou?

Wie die Technische Zusammenarbeit funktioniert.....17
 Die Idee.....17
 Die Idee wird geboren.....21
 Von der Idee zur Hilfe.....23
 Exkurs: Private Entwicklungshilfe24
 Die in der Entwicklungshilfe tätigen Organisationen und ihre Finanzquellen26
 Die Prüfung der Projektvorschläge.....30
 Die politische Entscheidung32
 Die praktische Prüfung36
 Die Planungsmaßstäbe.....37

Die Planung40
 Die Durchführung43
 Die Testphase.....45
 Die Verbreitung.....46
 Die Erfolgsbilanz48

3. Kapitel

Nun heißt es alleine weitermachen!

Wie die Personelle Zusammenarbeit funktioniert.....51
 Die Aufgaben, die eine Fachkraft erfordern51
 Die Beschaffung von Spezialisten.....52
 Die Entwicklungshelfer55

4. Kapitel

Je kleiner desto feiner, je größer desto böser?

Wie die Finanzielle Zusammenarbeit funktioniert.....61
 Wieso ein Projekt finanzielle Hilfe braucht62
 Der Entwicklungshilfeetat65
 Prüfung und Vorbereitung69
 Wie die finanzielle Unterstützung aussieht72
 Abschluß und Kontrolle.....79

5. Kapitel

Wenn alles zu spät ist!

Nahrungsmittel- und Flüchtlingshilfe83
 Der Hunger.....83
 Die verschiedenen Hilfsmaßnahmen...85

6. Kapitel

Was geht uns die Dritte Welt an?

Die Motive, Entwicklungshilfe zu leisten93
 Humanitäre Gründe94
 Historische Verpflichtung95
 Exkurs: Der Kolonialismus96
 Wirtschaftliche Gründe104
 Politische und sicherheitspolitische Gründe107
 Entwicklungsstrategien im Wandel...109

Perspektiven112
 Bildnachweis115
 Literaturhinweise.....115
 Stichwortverzeichnis.....117

Entwicklungs- politik der Bundesrepublik nach dem Ende des Ost-West- Konflikts

Mir A. Ferdowsi

Seit den „historischen Umwälzungen“ in Mittel- und Osteuropa 1989, der Beendigung des Ost-West-Konfliktes 1990 und nicht zuletzt dem Zerfall des Sowjetimperiums 1991 fehlt es in den Staaten der „Dritten Welt“ nicht an Ängsten und Befürchtungen, diese Entwicklungen könnten dazu führen,

– daß Hilfgelder spärlicher fließen und sie in einem „haushaltspolitischen Verdrängungswettbewerb“ mit jenen osteuropäischen Staaten treten müssen, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aus dem Entwicklungsetat bestritten wird;

– daß die ehemals „sozialistischen“ Industrieländer zu Konkurrenten bei der wirtschaftlichen Kooperation mit den westlichen Industrieländern werden. Dafür spricht nicht nur die geographische Nähe, sondern auch die vertraute Mentalität, eine ähnliche Kultur, bes-

sere Ausbildung und weniger Sprachschwierigkeiten;

– daß mit dem politischen Niedergang des „real existierenden Sozialismus“ ihr ordnungspolitischer Handlungsspielraum sich erheblich einengt, weil der Modellcharakter der westlichen Industriegesellschaft so dominierend geworden ist;

– daß mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zwar für die „Geber“ ein wesentliches Motiv entfällt, außen- und sicherheitspolitische Interessen als entscheidende Triebkräfte der Entwicklungskooperation einzusetzen, doch daß damit für die „Nehmer“ zugleich eine Trumpfkarte an politischem Gewicht verliert, zur Durchsetzung ihrer Forderungen die antagonistischen Blöcke gegeneinander auszuspielen;

– daß ihre Probleme aus dem öffentlichen Bewußtsein ver-

drängt und die Solidarität mit Osteuropa von einer „Entsolidarisierung“ mit der Dritten Welt begleitet werden.

Angesicht der relativ kurzen Zeitspanne ist es heute sicherlich noch verfrüht, die Plausibilität dieser Befürchtungen anhand der bisherigen Entwicklungen zu prüfen. Gleichwohl blieben die Regionen des Südens von der Veränderung der weltpolitischen Großwetterlage nicht unbeeinflusst. Hierzu gehört zum einen die Welle des demokratischen Wandels in fast allen Kontinenten. Denn vielerorts erklären sich Regime, die bislang die Neugründung politischer Parteien ablehnten und oppositionelle Gruppen verfolgten, nunmehr bereit, politische Gruppierungen zuzulassen, demokratische Wahlen abzuhalten sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

Es wäre allerdings verfrüht, aus dieser Entwicklung die Schluß-



folgerung zu ziehen, weltweit triumphiere die demokratische Idee: Trotz einer Reihe ermutigender Erfolge etwa in Sambia, Benin oder Namibia wurden in einer Reihe von Ländern - etwa in Nigeria und Burundi, um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen - die eingeleiteten Demokratisierungsprozesse wieder abgebrochen. Es gibt aber auch eine nicht minder große Zahl von Fällen - etwa Kenia und Zaire -, wo es den alten Führungseliten durch die Unterwanderung von Demokratisierungsbewegungen gelungen ist, ihre angestammten Machtpositionen weitgehend zu erhalten.

Zum anderen zeigt sich eine wachsende Einsicht in die Notwendigkeit einer Umorientierung, wie sie in dem Bericht der Südkommission unter dem Titel „Die Herausforderung des Südens. Über die Eigenverantwortung der Dritten Welt über dauerhafte Entwicklung“ doku-

mentiert wird. Die zentrale Botschaft dieses, unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten Tansanias, Julius Nyerere, 1990 fertiggestellten Berichtes an die Länder des Südens ist: „Der Süden muß sich, um voran zu kommen, in erster Linie auf sich selbst verlassen“. Auch hinsichtlich der Entwicklungsziele deutet der Bericht eine Neuorientierung an. Denn Entwicklung wird als ein Prozeß definiert, der „den Menschen die Möglichkeit gibt, ihre Anlagen zu entfalten, Selbstvertrauen zu entwickeln und ein menschenwürdiges Leben zu führen“.

Ob nun das Scheitern der alten Entwicklungspolitik mit ihren falschen Strategien einen Kurswechsel notwendig machte oder die veränderten welt- und regionalpolitischen Rahmenbedingungen - unübersehbar ist heute, daß im Gegensatz vor allem zu den früheren prestige-trächtigen Großprojekten und

ebenso ehrgeizigen wie erfolglosen Industrialisierungsprogrammen jetzt auf die Kräfte der Zielgruppen selbst gesetzt wird, mit dem Ziel, schöpferische und produktive Kräfte der Masse der Armen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren. Immer mehr setzt sich die seit Ende der 70er Jahre in der entwicklungspolitischen Praxis gewonnene Erkenntnis durch, daß die traditionelle Projekthilfe allenfalls Symptome kurieren kann, solange nicht an den strukturellen Ursachen der Unterentwicklung angesetzt wird, und daß nachhaltige Entwicklung im Interesse der Armen mehr als die entschlossene Durchführung von Wirtschaftsreformen erfordert, nämlich eine ebenso deutliche Veränderung der politischen Rahmenbedingungen. Hinzu kommt zweifellos die Beobachtung, daß die demokratischen Wahlgesetze sowie die Zulassung und Bildung politischer Parteien vielfach noch lange kei-

ne ausreichende Grundlage für demokratische Entwicklung darstellen. Es lag daher nahe, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Reihe von Konsequenzen zog und diese im Rahmen seiner Politik anwendet. Als Querschnittaufgabe und vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik fungiert dabei die Armutsbekämpfung.

Das entwicklungspolitische Programm der Bundesregierung, wie es im 9. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung 1992 ausführlich dargestellt ist, sieht daher folgende Faktoren als grundlegend für die Umsetzung einer armutsorientierten Strategie an:

- Teilhabe der Bevölkerung an der politischen Verantwortung (Demokratisierung und Partizipation)
- Verantwortliche, rechen-schaftspflichtige Regierungs-

führung und Beachtung der Menschenrechte (Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit).

– Entwicklungsorientierung der Regierungen der Empfängerländer (gute Regierungsführung) und ein Beitrag zur Entwicklung durch Eigenanstrengungen zur Verbesserung der Lage der ärmeren Bevölkerungsteile, zur Bewahrung der natürlichen Umwelt und zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums.

– Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiative auf marktwirtschaftlicher Grundlage, gekoppelt an soziale Verantwortung und die ökologische Verpflichtung zur Schaffung eines Umfeldes, in dem sich Handwerk, Kleingewerbe, Industrie, landwirtschaftliche Unternehmen und auch der informelle Sektor entfalten können.

– Bekämpfung der Ursachen für das hohe Bevölkerungs-

wachstum als Bestandteil der Strategien zur Bekämpfung der Armut, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährungssicherung.

– Verhinderung weltweiter Flüchtlingsströme durch Maßnahmen wie Unterstützung solcher Entwicklungsländer, die selbst Flüchtlinge aufnehmen (Fluchtbewältigung); die Fortbildung und Rückführung qualifizierter Flüchtlinge, die in ihrer Heimat beim Aufbau des Landes mitwirken (Reintegration), und schließlich die Förderung von Maßnahmen, die Menschen von der Flucht abhalten und ihnen das Bleiben in der angestammten Heimat ermöglichen (Fluchtursachenbekämpfung).

– Engagement für Umwelt-, Arten- und Klimaschutz durch die Integration des Umweltschutzes in alle Politikbereiche, die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, die

Beteiligung der Öffentlichkeit und gerichtliche Kontrollmöglichkeiten.

– Förderung der Grundbildung als Voraussetzung für menschliche und wirtschaftliche Entwicklung.

So erfreulich diese neuen entwicklungspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung auch sein mögen, es bleibt doch abzuwarten, ob bzw. wie erfolgreich und mit welchem Ergebnis diese Zielsetzungen umgesetzt werden können. Militärhilfe für die Türkei, Kriegsgerät für Indonesien, Handel mit dem Iran, Industriekooperation mit China sind nur einige wenige Beispiele dafür, wie bescheiden die Möglichkeiten sind, Menschenrechte zum obersten Maßstab entwicklungs- und außenpolitischer Zusammenarbeit zu erheben, wenn wirtschaftliche Eigeninteressen auf dem Spiel stehen.

Doch es sind nicht nur ausschließlich nationale wirtschaftliche Eigeninteressen, die einer erfolgreichen Anwendung dieser Rahmenbedingungen Grenzen setzten, sondern sie hängt nicht zuletzt auch wesentlich von der Bereitschaft des industrialisierten Nordens insgesamt ab, durch den Abbau von Protektionismus zum Aufbau einer liberalisierten Weltwirtschaft beizutragen. Denn Handel ist für viele Entwicklungsländer bekanntlich die wirksamste Entwicklungshilfe.